

13. IV. 1916

**Die Höchstpreise in Frankreich.**

Ermächtigung der Regierung.

Paris, 12. April.

Die Senatskommission zum Studium von Höchstpreisen nahm nach Anhörung des Ministers des Innern den Änderungsantrag Clementels an, der die Regierung zur Festsetzung von Höchstpreisen für die Kriegsdauer und für die Zeit von drei Monaten nach dem Kriege ermächtigt. Die Höchstpreise können festgesetzt werden für Zucker, Kaffee, Petroleum, Brennholz, Brennspiritus, Kartoffeln, Eier, Milch, Butter, Käse, gewisse grüne Gemüse, Dörrgemüse, Wein, Obstwein, Margarine, Speisefett und Speiseöle.

**Sturmjahren im Senat.**

Genf, 12. April. (Priv.-Tel.)

Der Rhoner Progrès berichtet über Sturmjahren in einer der jüngsten Sitzungen des französischen Senats. Zur Verhandlung stand die Frage der Einführung von Höchstpreisen für Lebensmittel.

Senator Limond bekämpfte den Plan, da die Höchstpreise die Leuerung nur verschlimmern würden, da sie ein Hindernis für die Einfuhr seien. Andererseits würden sie nur die Landleute erbittern.

Herriot entgegnete ihm, die bäuerliche Bevölkerung sei gegen die Höchstpreise, weil sie ihnen die Möglichkeit nimmt, beliebige Gewinne zu erzielen. Die Regierung begehe in Approvisionierungsfragen nur Fehler. Sie gab zuerst den Bürgermeistern die Vollmacht, Höchstpreise anzusetzen, jetzt wieder stattet sie die Präfekten mit Vollmachten aus, die diese aus politischen Rücksichten mißbrauchen.

Limond sprach sich ein seiner Erwiderung abermals gegen die Höchstpreise aus und führte unter Worten der Anerkennung die Organisation des Lebensmittelhandels in Deutschland und Oesterreich-Ungarn als Beispiel an, da in diesen Staaten die Bevölkerung so diszipliniert sei, daß sie die von der Regierung angeordnete Rationierung mit Verständnis hinnehme. In Frankreich wäre dies unmöglich.

Minister Malvy versuchte die Gesetzesvorlage zu verteidigen, wurde aber daran durch stürmische Zwischenrufe der Senatoren gehindert. Er verließ schließlich die Tribüne mit den Worten: „Wir wollten das französische Volk vor einer Hungersnot retten. Unser Gesetz bezweckte nur die Wohlfahrt Frankreichs.“

Senator Girard bekämpfte die beabsichtigten Höchstpreise für Wein; das Volk wünsche vornehmlich die Beschaffung der nötigen Arbeitskräfte sowie den Schutz vor privaten Ausbeutern.